

Die Wirtschaftsordnungen

1 Die Grundprobleme jeder Wirtschaftsgesellschaft

Jede Gesellschaft braucht gewisse Regeln (Gesetze, Rechte, Sitten, ...), damit das soziale Zusammenleben seiner Mitglieder ohne größere Konflikte ablaufen kann.

Die Gesellschaftsordnung wird beschrieben durch:

- die Wirtschaftsordnung (alle für den organisatorischen Aufbau und die wirtschaftlichen Abläufe einer Volkswirtschaft geltenden Regeln),
- die Rechtsordnung (alle geltenden rechtlichen Normen) und
- die Sozialordnung (Art und Weise, wie die Gesellschaft ihre Mitglieder gegen die Folgen von Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. schützt).

Witz:

Politik ist nur der Spielraum, den die Wirtschaft ihr lässt.

Dieter Hildebrandt (geboren 1927), deutscher Kabarettist

Unabhängig von ihrem Entwicklungsgrad und ihrer institutionellen Ausgestaltung hat jede Wirtschaftsgesellschaft folgende Grundprobleme zu lösen:

- ① Welche Güter sollen in welcher Menge und Qualität wann hergestellt werden? (**Koordinationsproblem**)
- ② Wer hat das Verfügungsrecht über die Produktionsmittel (Technik, Maschinen, Produktionsstätten, Rohstoffe) und entscheidet über ihren Einsatz? (**Entscheidungsproblem**)
- ③ Wer entscheidet über die Verteilung des Volkseinkommens (produzierte Güter und Dienstleistungen)? (**Distributionsproblem**)

2 Das Modell der freien Marktwirtschaft

Das Modell der freien Marktwirtschaft beruht auf Gedanken des englischen Nationalökonomen Adam Smith (1723 - 1790), der 1770 ein Idealmodell für eine pluralistisch gesteuerte Wirtschaft entwickelte.

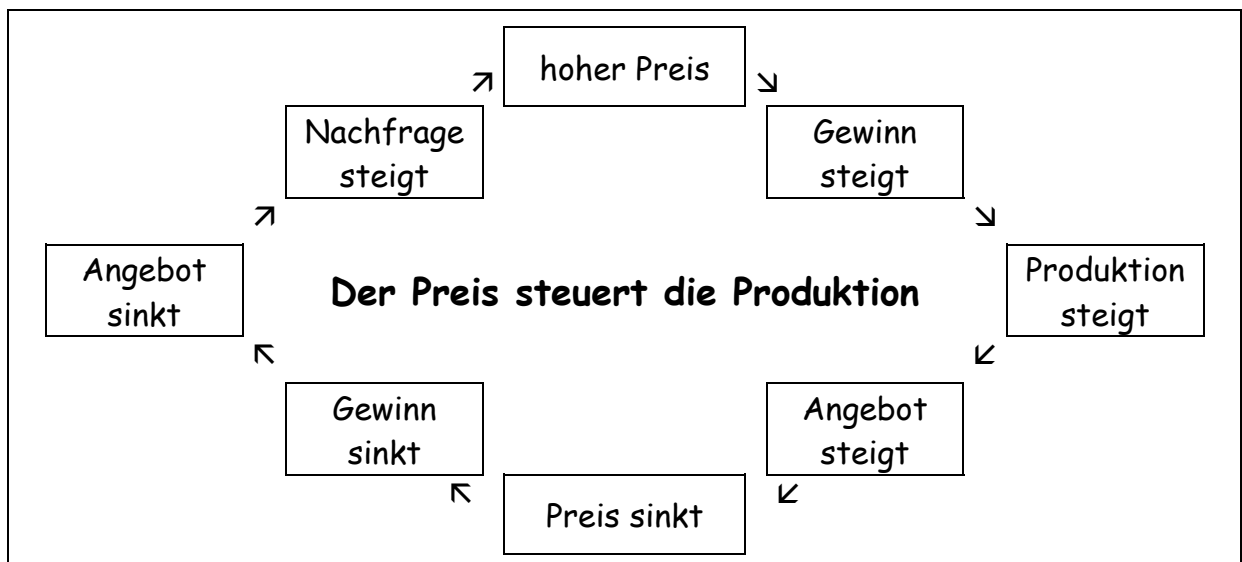
In der freien Marktwirtschaft werden die Produktion und die Verteilung selbstständig und gleichzeitig über den Markt (Angebot und Nachfrage) abgestimmt und durch den Preis reguliert.

Der Staat verzichtet auf Eingriffe in den Wirtschaftsablauf und garantiert die Vertragsfreiheit, den freien Wettbewerb und ein funktionierendes Geldwesen.

→ Folie „Modell der freien Marktwirtschaft“

- Merkmale:
- Privateigentum an Produktionsmitteln,
 - Güter, Kredite und Arbeitskräfte regulieren sich über den Markt (Angebot und Nachfrage regulieren den Preis, Zins und Lohn.)
 - Gewerbefreiheit (Jeder kann jedes Gewerbe eröffnen.)
 - Vertragsfreiheit (Jeder darf Verträge aller Art abschließen.)

→ Folie



→ Folie „Am Markt kommt es nicht darauf an, ...“

→ Folie „Du hast doch selbst immer gesagt, ...“

- Vorteile:
- völlige Entscheidungsfreiheit der Unternehmen und Haushalte
 - freie Berufs- und Arbeitsplatzwahl, freie Standortwahl
 - freie Verfügbarkeit über das Privateigentum, auch bei Produktionsmitteln

- Nachteile:
- Benachteiligung Leistungsschwacher
(keine sozial- und arbeitsrechtliche Absicherung,
Arbeitslosigkeit hat Verelendung, Kinderarbeit, ... zur Folge)
→ pdf-Datei „Die Lage der arbeitenden Klasse in England, 1845“
 - Marktversagen bei der Bereitstellung öffentlicher Güter
(Konjunkturschwankungen, Monopole können Preise festsetzen)
 - Keine Berücksichtigung externer Kosten in den Kostenrechnungen der Unternehmen, z. B. Umweltverschmutzung.

Die Wirtschaftsordnung des klassischen Liberalismus (auch: **Laissez-faire**-Wirtschaft) entwickelte sich gegen Ende des 18. Jahrhunderts während der industriellen Revolution in England.

Letztlich scheiterte der klassische Liberalismus an den nicht gelösten Problemen:

- Verelendung großer Bevölkerungsteile,
- Kinderarbeit,
- überlange Arbeitszeiten,
- Geringe Entlohnung,
- unzureichende soziale Absicherung (Krankheit, Unfall, Nichterwerbstätigkeit, Tod),
- Geringe Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Gütern (Schulen, Krankenhäuser, Wohnraum, Verkehrsinfrastruktur),
- Massenarbeitslosigkeit in Konjunkturkrisen.

3 Das Modell der Zentralverwaltungswirtschaft (auch: zentrale Planwirtsch.)

Die idealtypische Wirtschaftsordnung der Zentralverwaltungswirtschaft (auch: zentrale Planwirtschaft) ist ein Gegenmodell zur freien Marktwirtschaft. Die wirtschaftliche Entscheidungskompetenz hat eine zentrale Planungsbehörde des Staates. Sie steht an der Spitze der hierarchisch gegliederten Volkswirtschaft.

→ Folie „Zentrale Planwirtschaft“

Das Aufstellen des Volkswirtschaftsplanes setzt voraus, dass die staatliche Planungsbehörde detailgenaue Kenntnis über die vorhandenen Produktionsmittel und Arbeitskräfte hat. Diese Informationen gehen auf dem Instanzenweg an die zentrale Planbehörde.

In Abstimmung mit der politischen Führung (in der DDR: „die Partei- und Staatsführung“) legt die zentrale Planbehörde die Produktionsziele in Jahresplänen, in 5-Jahresplänen oder in langfristigen Plänen (15 bis 20 Jahre) fest. Diese Ziele werden den nachgeordneten Instanzen mitgeteilt. Die notwendigen Produktionsfaktoren (Produktionsmittel, Rohstoffe, Arbeitskräfte) werden zugeteilt.

- Merkmale:
- Zentrale Planung, Lenkung und Kontrolle des gesamten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen (Soziales, Kultur, Bildung und Wissenschaft) Geschehen.
 - Das Privateigentum an Produktionsmitteln ist weitgehend aufgehoben. (Staats- und Kollektiveigentum, Geld- und Kreditversorgung zentral durch den Staat)
 - Zentrale Verteilung der Produkte.
 - staatliche Preispolitik: Preise (für Güter und Dienstleistungen), Löhne (für Arbeit) und Zinsen (für Kapital und Kredite) werden zentral festgelegt.
 - Oberstes Ziel allen wirtschaftlichen Handelns ist die Planerfüllung.
 - Politik und Wirtschaft sind sehr eng verknüpft, teilweise identisch.

- Vorteile:
- Der Staat verhindert die Ausbeutung der wirtschaftlich Schwachen.
 - Alle Ressourcen (Produktionsmittel, Rohstoffe und Arbeitskräfte) werden verplant.
 - Keine Arbeitslosigkeit, da jede Arbeitskraft "verplant" wurde.
 - keine Konjunkturschwankungen
 - Güter des Grundbedarfs (Grundnahrungsmittel, Wohnraum, Fahrpreise) können verbilligt werden.

- Nachteile:
- Planungsbehörde muss alles entscheiden, was in der Marktwirtschaft durch die einzelnen Unternehmen und Haushalte realisiert wird.
 - schweres Überblicken und Vorplanen einer gesamten Volkswirtschaft
 - aufwendiger Planungsapparat notwendig
 - zu langsames Reagieren auf Marktnachfragen
 - keine freie Wahl von Beruf und Arbeitsplatz
 - mangelnder Leistungsanreiz, geringe Motivation der Arbeitnehmer
→ Folie „Du, wie viele Leute arbeiten in Eurer Abteilung?“
 - Ineffizientes Preissystem, das die Knappheit der Güter und Produktionsfaktoren (Arbeit, Kapital) nicht marktgerecht widerspiegelt.
 - geringe Auswahl an Konsumgütern
 - Versorgungslücken
 - Finanzieren des Konsums auf Kosten von unterlassenen Investitionen führt zu maroden Produktionsanlagen und Infrastruktur (Straßen, Schienen, Wasser- und Elektroenergieversorgung, Telefonanlagen).

- Beispiele:
- Wirtschaftsordnungen der sozialistischen Staaten
 - Während des 2. Weltkrieges führten viele westliche Länder planwirtschaftliche Elemente ein, um die Produktion und die Verteilung der Güter den Erfordernissen der Kriegsführung unterzuordnen.

Lösen Sie folgende Aufgaben:
siehe Arbeitsheft Seiten 95 und 96, Aufgaben 1 bis 3

1.) Kreuzen Sie jeweils an, für welche Wirtschaftsordnung die Aussage richtig ist!

	freie Markt- wirtschaft	Plan- wirt- schaft
Die Teilnehmer am Wirtschaftswettbewerb verfolgen nur eigennützige Ziele		
Der Staat sorgt nur für die Rahmenbedingungen.		
Preise, Löhne und Zinsen werden festgesetzt.		
Verdrängen der Konkurrenten durch Dumpingpreise		
Die Steuerungsfunktion des Geldes wirkt nicht.		
Produktionsmittel weitgehend in privater Hand		
zentrale Planung, Lenkung und Kontrolle des gesamten Wirtschaftslebens durch den Staat		
alle Produktionsmittel sind in der Hand des Staates		
Oberstes Ziel des wirtschaftlichen Handelns ist die Planerfüllung.		
Verbraucher bestimmen Nachfrage und Produktion.		
Angebot und Nachfrage regulieren den Preis.		

Witz:

Ein SED-Parteisekretär stirbt und kommt in die Hölle. Dort trifft er einen alten Genossen. „Hier ist es ganz gemütlich, seit der Sozialismus Einzug gehalten hat. Mal gibt es kein Pech, ein anderes Mal keinen Schwefel, dann kein Holz oder keine Kohlen. Und wenn wirklich einmal alles da ist, muss der Heizer zum Parteilehrjahr.“

4 Die soziale Marktwirtschaft

4.1 Die Grundwerte der sozialen Marktwirtschaft

Die soziale Marktwirtschaft soll das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem Prinzip des sozialen Ausgleichs verbinden.

In der Bundesrepublik Deutschland wurden die Prinzipien der marktwirtschaftlichen Ordnung (Privateigentum an Produktionsmitteln, Produktions- und Handelsfreiheit, Gewerbefreiheit, Notenbankautonomie und stabiles Geld, freie Preisbildung, freie Löhne, freie Geschäfts- und Arbeitsbedingungen, Beschränkung staatlicher Wirtschaftspolitik auf Ordnungsfragen, Wettbewerbsfreiheit) durch eine soziale Komponente (soziale Sicherung, soziale Gerechtigkeit, Sozialstaatsprinzip gemäß Grundgesetz Artikel 2, 14, 15 und 20) erweitert.

→ Folie „Grundgesetz Artikel 2, 15, 16 und 20“

Grundgesetz Artikel 2:

- (1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt ...

Grundgesetz Artikel 14:

...

- (2) Eigentum verpflichtet.
Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

Grundgesetz Artikel 15:

Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum überführt werden. ...

Grundgesetz Artikel 20:

- (1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. ...

4.2 Die Merkmale der sozialen Marktwirtschaft

Nach Alfred Müller-Armack ist die soziale Marktwirtschaft eine Wirtschaftsordnung, die auf der Grundlage eines funktionierenden Wettbewerbs die rechtsstaatlich gesicherte Freiheit, die wirtschaftliche Freiheit und die freie Initiative mit dem gesicherten sozialen Fortschritt verbindet.

→ Folie „Soziale Marktwirtschaft“

Grundprinzipien der sozialen Marktwirtschaft:

- **Wettbewerbspolitik**

Immer wieder versuchen einzelne Anbieter (Unternehmen), durch Absprachen und Zusammenschlüsse ihre Wettbewerbssituation auf dem Markt zu verbessern. Durch diese Machtballung wird der Wettbewerb eingeschränkt und letztlich auch die freiheitliche Gesellschaftsordnung gefährdet. Aufgabe des Staates ist es daher, den Wettbewerb zu schützen. Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB, auch: Kartellgesetz) beinhaltet deshalb:

- Verbot von Preisabsprachen, Gebietskartellen usw.
- Verhindern von marktbeherrschenden Unternehmen
- Fusionskontrolle

Weitere Gesetze, die den Wettbewerb erhalten und die Verbraucher schützen sollen, sind das Rabattgesetz, das Mieterschutzgesetz, das Gesetz über den Widerruf von Haustürgeschäften, das Patentgesetz, die Zugabeverordnung usw.

- **Einkommens- und Vermögenspolitik**

Die, die kein eigenes Einkommen erzielen (Alte, Kranke, Behinderte, Arbeitslose) sollen auch am erwirtschafteten Sozialprodukt teilhaben können. Deshalb greift der Staat korrigierend in die Einkommens- und Vermögensverteilung ein:

- Diejenigen, die mehr verdienen oder ein größeres Vermögen besitzen, zahlen absolut (in Euro) und prozentual mehr Steuern (Steuerprogression).
→ Folie „Einkommensteuertarif 2002“
- Unterschiedliche Steuerklassen sollen die besonderen Verhältnisse (ledig oder verheiratet, keine Kinder oder Kinder) der Steuerpflichtigen berücksichtigen.

- Soziale Leistungen für bestimmte Einkommensgrenzen sind
 - . die Bausparförderung,
 - . die Wohnungsbauförderung
 - Folie „So hilft der Staat beim Bauen“, Zahlenbilder 468 190
 - . das Wohngeld,
 - Folie „Wohngeld“
 - . das 325-Euro-Gesetz.
 - Folie „Das 630-Mark-Gesetz“
- unentgeltliche Bereitstellung bestimmter öffentlicher Leistungen, z. B. Bildung
 - Folie „Soziale Herkunft der Studierenden“

Aber: Zu starke Nivellierung der Einkommen dämpft die Leistungsbereitschaft der Leistungsfähigen!

- **Struktur- und Wachstumspolitik**

Der Staat fördert das wirtschaftliche Wachstum durch folgende Maßnahmen:

- Ausbau der Infrastruktur,
- Förderung von Bildung und Wissenschaft,
- Förderung des Technologietransfers.

Wirtschaftliches Wachstum ist immer mit Strukturwandel verbunden. Einzelne Wirtschaftszweige gewinnen oder verlieren an wirtschaftlicher und somit auch an beschäftigungspolitischer Bedeutung. Der Staat soll durch sektorale und regionale Strukturpolitik die negativen wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Folgen dieses Strukturwandel mildern.

→ Folie „Sächsische Millionen für Abriss statt Neubau“, SZ vom 10.6.2000

- **Konjunkturpolitik**

Staatliche Maßnahmen sollen Schwankungen von Wachstum und Beschäftigung ausgleichen:

- Staatsaufträge ersetzen in Krisenzeiten die mangelnde private Nachfrage.
- In Boom-Phasen drosselt der Staat durch Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen die Nachfrage. Dadurch wird konjunkturellen Überhitzungen entgegen gewirkt.

→ Folie „Der Staat muss eingreifen!“

- Sozialpolitik

Wer in Not gerät, kann auf die Hilfe der *Gemeinschaft* rechnen:

- Das System der Sozialversicherung hilft bei Krankheit (Krankenversicherung, Pflegeversicherung), Arbeitslosigkeit (ALG und ALH), Arbeitsunfällen (Unfallversicherung) und im Alter (Rentenversicherung).
 - Folie „Ausgaben für das soziale Netz, Deutschland 2000“
- Die Sozialhilfe hilft, wenn das Sozialversicherungssystem nicht ausreicht.
- Arbeitsschutzbestimmungen bewahren die Arbeitnehmer vor gesundheits-schädigenden oder gar menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen: Kündigungsschutz, Arbeitszeitordnung, Ladenschlussgesetz, Mutterschutzgesetz, Jugendarbeitsschutzgesetz, Schwerbehindertengesetz, Gewerbeordnung.
- Zahlung des Kindergeldes
 - Folie „Kindergeld, Deutschland 1979 bis 2002“
- Mitbestimmung im Arbeitsleben (Mitbestimmungsgesetze)
- Umweltschutz (Gesetz zum Gewässerschutz und zur Reinhaltung der Luft)

Lösen Sie folgende Aufgaben:
siehe Arbeitsheft Seiten 97 und 98, Aufgaben 1 bis 6
siehe Arbeitsheft Seite 106, Aufgabe 1

- 2.) Nennen Sie Beispiele für die eingeschränkten Freiheitsrechte in der sozialen Marktwirtschaft!



Koch, So 2001, WiSo 3:

- 3.) Sie finden in einem Zeitungsartikel eine Darstellung zur Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland. Es wird hier zwischen der marktwirtschaftlichen und sozialen Orientierung unterschieden. Bei welchem Beispiel wird das sozialpolitische Element der Wirtschaftsordnung deutlich?

- 1 Es herrscht Konsumfreiheit.
- 2 Es besteht freie Berufs- und Arbeitsplatzwahl.
- 3 Das Eigentumsrecht wird garantiert.
- 4 Das Mutterschutzgesetz erfährt eine Ausweitung.
- 5 Es gelten die Vertrags-, Gewerbe- und Koalitionsfreiheit.



4.) In welchem Fall trägt die vom Staat beschlossene Maßnahme direkt zu einer sozial gerechteren Einkommens- und Vermögensverteilung bei?

- 1 Der Staat erhöht die Arbeitnehmersparzulage.
- 2 Der Staat verbietet umweltbelastende Stoffe.
- 3 Der Staat verhängt Bußgelder wegen verbotener Preisabsprachen.
- 4 Der Staat bietet einigen Unternehmen steuerliche Vorteile.
- 5 Der Staat senkt das Kindergeld.



Unterhalten sich drei Manager, was sie mit ihrem Weihnachtsgeld gemacht habe. Sagt der eine: „Ich habe mir eine Yacht gekauft, meine Frau bekam einen Porsche, den Rest habe ich in Aktien angelegt.“ - Darauf der zweite: „Ich habe mir ein Flugzeug gekauft, meiner Frau einen Jaguar und den Rest in Festgeld angelegt.“ - Der dritte sagt: „Ich hab mir eine Wohnung gekauft, meine Frau bekam ein Rennpferd und für den Rest hab ich Gold gekauft.“ - Kommt der Pförtner in einem neuen Anzug daher. Fragen ihn die Manager, was er mit seinem Weihnachtsgeld gemacht hat. Darauf der Pförtner ganz stolz. „Ich habe mir einen neuen Anzug gekauft!“ - „Und der Rest?“, fragen die Manager. - „Ach, den hat die Oma drauf gelegt.“

4.3 Die Einflussmöglichkeiten der Verbraucher

Der Schutz der Verbraucher ist wichtig, weil eine funktionierende soziale Marktwirtschaft nur zwischen gleichwertigen Wirtschaftssubjekten (Haushalte und Unternehmen) möglich.

Verbraucherschutz wird ermöglicht durch:

- Informationen für die Verbraucher (z. B. Stiftung Warentest, Verbraucherzentralen),
- gesetzliche Regelungen wie
 - Abzahlungsgesetz,
 - Produkthaftungsgesetz,
 - Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB-Gesetz),
 - Preisangabenverordnung.

4.4 Der europäische Wirtschaftsraum

- Folie „Viele haben wenig - wenige haben viel, 1990“
- Folie „Die Reichsten der Republik“, SuperIllu vom 17.05.2001
- Folie „Geteilte Gesellschaft“,

Bank, So 94, WiSo 22:

5.) Welche Aussage zur sozialen Marktwirtschaft ist richtig?

- 1 Durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel wird das persönliche Risiko auf viele Schultern verteilt.
- 2 Einkommensschwache Gruppen erhalten staatliche Zuwendungen.
- 3 Durch staatliche Lenkung der Produktion wird eine optimale Versorgung der Bevölkerung erreicht.
- 4 Es gibt keine wettbewerbsordnende Gesetze.
- 5 Der Staat betreibt keine eigene Konjunkturpolitik.

Bank, So 94, WiSo 23:

6.) Welche Aussage widerspricht dem System der Zentralverwaltungswirtschaft?

- 1 Die Produktionsmittel sind Eigentum der Gesellschaft.
- 2 Produktion und Verteilung werden von einer staatlichen Planungsbehörde festgelegt.
- 3 Grundsatz wirtschaftlichen Handelns ist das Prinzip der Planerfüllung.
- 4 Die Befriedigung der Bedürfnisse Einzelner ist wichtiger als das Wohl der Gemeinschaft.
- 5 Auszeichnungen und Prämien fördern die Leistungsbereitschaft.

Bank, So 95, WiSo 22:

7.) Welche Aussage zu Wirtschaftsordnungen ist richtig?

- 1 Zu den Merkmalen der sozialen Marktwirtschaft gehören konjunktursteuernde Maßnahmen des Staates.
- 2 Die Zentralverwaltungswirtschaft ist durch Gewinnmaximierung gekennzeichnet.
- 3 Eine Voraussetzung für das Funktionieren der Zentralverwaltungswirtschaft ist das erwerbswirtschaftliche Prinzip.
- 4 In der sozialen Marktwirtschaft bestimmen allein Angebot und Nachfrage den Preis.
- 5 Die Zentralverwaltungswirtschaft stellt das Individuum in den Mittelpunkt.

Bank, So 95, WiSo 23:

8.) Welche Aussage trifft auf die Wirtschaftsordnung der BRD zu?

- 1 Die Preise werden durch vollständige Konkurrenz bestimmt.
- 2 Der Staat greift nicht in das Wirtschaftsgeschehen ein.
- 3 Die Bundesregierung legt die Geldmenge fest.
- 4 Die Unternehmen haben Investitionsfreiheit.
- 5 Im Wettbewerb um die Gunst des Verbrauchers gibt es keine Einschränkungen.

Bank, Wi 97, WiSo 27:

9.) Sie lesen in einem Buch: „Eines der wesentlichen Merkmale dieser Wirtschaftsordnung ist der freie Wettbewerb. Um rücksichtsloses Gewinnstreben zu verhindern, werden vom Staat Rahmenbedingungen festgelegt, welche die wirtschaftlich Schwächeren schützen sollen.“
Welche Wirtschaftsordnung wird damit angesprochen?

- 1 die sozialistische Planwirtschaft
- 2 die freie Marktwirtschaft
- 3 die Zentralverwaltungswirtschaft
- 4 die Planwirtschaft
- 5 die soziale Marktwirtschaft

Bank, Wi 97, WiSo 28:

10.) Stellen Sie fest, in welcher Situation eine Wettbewerbsstörung im System der freien Marktwirtschaft vorliegt.

- | | |
|---|---|
| 1 | Die führenden Mineralölgesellschaften erhöhen zur gleichen Zeit die Preise für Benzin um 2 %. |
| 2 | Die Landesregierung verwendet Steuermittel zur Förderung von Behindertenwerkstätten. |
| 3 | Ein Hersteller bietet seine Produkte durch Verringerung der Gewinnspanne zu wesentlich niedrigeren Preisen als die Konkurrenz an. |
| 4 | Um die Staatsausgaben zu finanzieren, wird die Umsatzsteuer erhöht. |
| 5 | Für Kinder bis 6 Jahren ist in öffentlichen Verkehrsmitteln kein Fahrpreis zu zahlen. |

Bank, Wi 98, WiSo 27:

11.) Welches Merkmal kennzeichnet die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland?

- | | |
|---|---|
| 1 | staatliche Lohnfestsetzung, aber Tarifautonomie der Sozialpartner |
| 2 | Zentralplanung und Vorgabe von Daten für die Leistungserstellung |
| 3 | kollektives Eigentum an Produktionsmitteln, aber Privateigentum an Konsumgütern |
| 4 | Privateigentum an den Produktionsmitteln, Sozialbindung des Eigentums |
| 5 | staatliche Preisfestsetzung und Vollbeschäftigungsgarantie |

Bank, So 1994, WiSo 17:

12.) In welchem Fall handelt es sich um einen Käufermarkt?

- 1 Trotz gestiegener Preise für Pkw erhöht sich die inländische Nachfrage.
- 2 Bei unveränderter Nachfrage nach Mobiltelefonen erhöht sich das Angebot und sinken die Preise aufgrund des Auftretens ausländischer Anbieter.
- 3 Wegen großer Ernteaufälle steigt der Preis für Weizen erheblich. Die Nachfrage der Verbraucher bleibt dennoch unverändert.
- 4 Ein Fertigungsroboter wurde bisher von zwei Anbietern angeboten. Wegen finanzieller Schwierigkeiten stellt ein Anbieter seine Geschäftstätigkeit ein.
- 5 Nach einer Diskontsatzserhöhung erhöhen die Geschäftsbanken die Kreditzinsen. Die Nachfrage nach Krediten bleibt unverändert.

Bank, So 94, WiSo 18:

13.) In welchem Fall ist eine der Bedingungen für einen vollkommenen Markt erfüllt?

- 1 Die angebotenen Güter sind von gleicher Art und Güte.
- 2 Die angebotenen Güter unterscheiden sich in Qualität und Ausstattung.
- 3 Ein Anbieter kann aufgrund seiner starken Marktstellung den Preis zu seinen Gunsten beeinflussen.
- 4 Aufgrund des stark gegliederten Marktes ist es für einige Nachfrager nicht möglich, die Angebote der Anbieter kennen zu lernen.
- 5 Die Nachfrager bevorzugen einen Anbieter wegen der zuvorkommenden fachlichen Beratung.

HoFa, Wi 2001, Wiki 9:

14.) Welche Erläuterung über das Marktgeschehen im Wirtschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland ist richtig?

- 1 Da die Preise durch Angebot und Nachfrage bestimmt werden, erübrigt sich ein Preisvergleich durch die Verbraucher.
- 2 Das Verbraucherverhalten kann die Preise beeinflussen.
- 3 Die Preisauszeichnungspflicht garantiert verbraucherfreundliche Preise.
- 4 Höchst- und Mindestpreise werden vom Bundeskartellamt bestimmt.
- 5 Alle Preise werden durch vollständige Konkurrenz bestimmt.